

Bericht zur Akteneinsicht Bahnstadt Opladen

Vor dem Hintergrund

- der aktuellen Diskussion über die Finanzierung des Bahnstadtprojektes (insbesondere der Gütergleisverlegung) sowie
- des Schreibens des Regierungspräsidenten vom 2.11.09, in dem er mangels Finanzierbarkeit die Gütergleisverlegung in Frage gestellt bzw. derzeit abgelehnt hat,

beantragten die Antragsteller

Akteneinsicht zum Thema: Bahnstadt Opladen

- a. in die Protokolle der Gespräche sowie in die Korrespondenz zwischen der Bezirksregierung Köln und Stadtverwaltung seit dem Jahre 2006
- b. in die internen Protokolle der Stadtverwaltung in der Zeit vom Jahresbeginn 2008 bis heute.

Begründung:

Das Schreiben des RP vom 2.11.09 hat in Leverkusen erhebliche Verärgerung und Verwunderung bis hin zu Vorwürfen gegenüber dem RP verursacht. Aus Sicht der Antragsteller war nicht nachvollziehbar, dass erst durch dieses Schreiben die **Finanzierungsprobleme bei der Gleisverlegung** derart konkret auf den Tisch gekommen sein sollten.

Die Akteneinsicht hat am 7./8.12.09 sowie am 19.1.2010 unter Aufsicht in guter Atmosphäre stattgefunden.

Die Akten zur Bahnentscheidergruppe lagen in geordneter Form vor.
Die Akten mit den Ergebnisprotokollen der Gespräche mit dem RP sowie der internen Korrespondenz befanden sich in einem z. T. eher ungeordneten Zustand.

Wir können nur über die Akten berichten, die uns vorlagen.

Es lagen seitens der verschiedenen betroffenen Fachbereiche z. T. sachlich fundierte, sehr **kritische Stellungnahmen** vor, insbesondere **auch zum Finanzierungsplan** und unter dem Blickwinkel auf **mögliche Haftungsfragen**.

Diese Stellungnahmen sind in der Ratsvorlage R 1299 wohl berücksichtigt worden, bzw. durch Verwaltungsentscheidung anders bewertet worden. (Rat am 25.8.08)

Rede Kämmerer vom 13.1.2004:

„Das Projekt ‚Bahnstadt Opladen‘, das ebenso langfristig wie bedeutsam für die Stadtentwicklung ist, verlangt Konsequenzen. Nur im Schoße der Verwaltung allein kann dieses Vorhaben nicht zum Ziel geführt werden.“

Am 30.4.08 hat eine hochrangig besetzte Gesprächsrunde mit dem Regierungspräsidenten stattgefunden, und zwar als Folgeveranstaltung vom 4.4.08. Zum 30.4.08 gab es einen Vorschlag durch die Geschäftsführung zur Tagesordnung:

- „Ratsbeschluss zur Gütergleisverlegung mit Darstellung der Kosten- und Finanzierungsübersicht
- Stand des Kaufvertrages und des Vertrages zur Gütergleisverlegung – Zeitplanung
- Geplante Maßnahmen im Hinblick auf die Regionale 2010 und dafür erforderliche Schritte“.

*Ein Protokoll zu dieser Sitzung konnte nicht gefunden werden. Interessant ist, dass es zu dieser Gesprächsrunde angeblich **kein Protokoll geben soll**.*

*Am selben Tag, also ebenfalls am **30.4.08**, gab es **eine weitere Gesprächsrunde zum Thema nbso**, zu der wir auch kein Protokoll vorfanden.*

Allerdings: „Zum Protokoll vom 30.4.08 erfolgt eine ausführliche Stellungnahme von Herrn Ahrens (DB)“. Zu welcher Gesprächsrunde und zu welchem vorhandenen oder nicht-vorhandenen Protokoll die Notiz von Herrn Ahrens gehört, war nicht zu erkunden, der Thematik wg. wohl eher zum Gespräch mit dem RP.

*Am **13.5.08** gab es eine **Lagebesprechung** zur aktuellen Situation zum Handlungsstand nbso mit der Bundesbahn und den Zuschussgebern beim OB (Küchler, Dr. Molitor, Stein, Rottes u.a.).*

*Zum **Rücktrittsrecht** verzeichnet das Protokoll folgende **Aussage**:*

„Für die **Bahn soll ein Rücktrittsrecht bis 2010 (!)** eingeräumt werden. Wenn bis dahin erkennbar ist, dass das Planfeststellungsverfahren für die neue Trasse nicht zeitnah umgesetzt werden kann, wird die Bahn vom Vertrag zurücktreten und auf die alten Gleise zurückgehen. In diesem Fall muss die Stadt ca. 1,7 Mio. € Kosten, die der Bahn bis dahin entstanden sind, erstatten.

Für die **Stadt wird ein Rücktrittsrecht bis Mitte 2009** auszuhandeln sein. Bis dahin kann die Stadt aus wirtschaftlichen Gründen zurücktreten, wenn erkennbar ist, dass die Gesamtkosten den Kostenrahmen sprengen, den sich die Stadt für den für sie zu tragenden Eigenanteil vorbehalten hat. Zu diesem Zeitpunkt hat sich das Maß der Kostensicherheit durch das abgeschlossene Beweissicherungsverfahren, die vorgelegten Schallschutzgutachten und die Klärung der Frage, ob MwSt. zu zahlen ist, soweit verdichtet, dass abschließend über den Fortgang des Projektes nbso entschieden werden kann.“

Vor der Ratssitzung am 25.8.08 gab es am 18.8.08 eine Besprechung zwischen RP und Stadt. Dazu heißt es im Protokoll:

„Eine aktualisierte, aussagekräftige Abbildung der vorgesehenen Finanzierung des Projektes ist als Grundlage für die finanzaufsichtliche Mitzeichnung unabdingbar.“

Problem Aktienverkäufe:

„In diesem Zusammenhang ist der Ausweis zukünftiger spekulativer Erlöse aus Aktienverkäufen als Deckungsmittel problematisch. Der zweckgebundene Einsatz von Erlösen aus Aktienverkäufen kann gemäß den getroffenen Absprachen nur dann in Betracht kommen,

wenn für das jeweilige Haushaltsjahr eine Einhaltung des genehmigungsfähigen Kreditdeckels auf anderem Wege nicht sichergestellt werden kann.“

Entscheidende Ratssitzung am 25.8.2009

Nach der Ratssitzung gab es am 8.9.08 noch einen Vermerk vom FB 20:

„Zu den vorgelegten und beschlossenen Verträgen bestehen noch Unklarheiten. Die GmbH soll daher zu folgenden Punkten noch einmal schriftlich Stellung nehmen:

1. Realisierung der Grundstückserlöse // Risiko der Nichterteilung der Freistellung durch EBA aufgrund Einwendungen Dritter,
2. Auswirkungen der Emissionsduldung,
3. Mehrkosten bei Altlasten-/Kampfmittelbeseitigung // daraus evtl. Vermarktungsrisiko.
4. **Szenario beim Wegfall des Bereiches West**, (Gütergleisverlegung)
5. **Darstellung der Stadt für alle Alternativen der Veräußerung der RWE-Aktien, Dividendenausfall und Kompensation im städt. Haushalt, sukzessive Veräußerung oder im Paket.**“

In der **Verfügung des RP vom 2.10.08** hieß es im Zusammenhang mit den RWE-Aktien:

„...bestehen von meiner Seite jedoch **erhebliche Bedenken, ob die Belastung des SPL mit der Finanzierung dieses Projektes tatsächlich noch zu verantworten ist...**

Umso mehr sollte die Realisierung eines weiteren Großprojektes durch die Stadt vom Grunde her erneut in Frage gestellt werden.“

„Eine Finanzplanung auf der Grundlage von Börsenkursen wird von mir nicht akzeptiert. Wie die aktuelle Finanzkrise deutlich belegt, ist die Finanzierung dieses Großprojektes, welche zu Lasten der Stadt erhebliche ... Verpflichtungen enthält, nur mit einer seriösen Finanzplanung vertretbar. Die **Risiken für die Stadt**, insbesondere die durch die Trassenverlegung bedingten Belastungen, sind für sich genommen **schon kaum abschätzbar.**“

Im **Ergebnisprotokoll der Besprechung RP/Stadt vom 29.10.08** hieß es:

„Nach Aussage der Vertreter der Stadt soll das in den Verträgen mit der DB vorgesehene **Rücktrittsrecht** möglichst noch **von März 09 auf das II. Quartal 2010 hinausgeschoben** werden.“

„aus Sicht der Bezirksregierung wird die Problematik in Bezug auf die Rückzahlung und Verzinsung von Fördermitteln umso größer, je länger die Entscheidung hinausgeschoben wird.“

Darstellung der Gesamtfinanzierungskosten: „...soll im Sommer 2009 von der Stadt die Gesamtfinanzierung für das Projekt nachgewiesen werden.“

Dann folgen erneut große Bedenken gegen die Finanzierung über RWE-Aktien.

„Mit der Ausschreibung der Gleisarbeiten wäre ein Rückzug vom Westteil definitiv nicht mehr möglich und kann daher jetzt noch nicht vorgenommen werden. Der Brückenbauwettbewerb

sollte ebenfalls zurückgestellt werden, da auch dieser die Gleisverlegung zur Grundlage hat und bei Wegfall dieser mit verlorenen Aufwendungen verbunden wäre.“

„Abschließend wird den Vertretern der Stadt dringend geraten, die Finanzierung des Gesamtprojektes wieder stärker in den Haushalt einzubinden und auf eine pauschale Finanzierung des Eigenanteils durch das Aktienpaket zu verzichten. Das bedeutet, dass die Stadt stärker abwägen muss, **welche anderen investiven Maßnahmen in dieser Zeit überhaupt eingeleitet werden können.**“

In der **2. Sitzung der Bahnentscheidungsgruppe (BEG) wird am 3.3.09** der **Startschuss für den Brückenwettbewerb** gegeben. Zwischenzeitlich ist dieser Startschuss genehmigt worden.

In der **5. Sitzung der BEG vom 23.6.09** hieß es unter dem Punkt: Projektsteuerung und Finanzcontrolling:

„Eine Entkoppelung des städt. Haushalts und des Budgets nbso erscheint erstrebenswert. Das enthebt die nbso von den Bedingungen einer Duldungsverfügung... Frau Rottes geht auf ein Gespräch mit Herrn Labenz ein. In Verhandlungen mit dem RP soll ein Gesamttestat für die nbso bis 2011 erzielt werden.“

Diese Handlungsweise steht allerdings im Widerspruch zur o.g. Ausführung des RP, vgl. Ergebnisprotokoll vom 29.10.08!

Besprechung am 6.11.09: RP, Diehl, Häusler, Rottes...

„Die Bezirksregierung weist zur Klarstellung darauf hin, dass der aktuell erwartete Zuwendungsbescheid **keine Bewilligung für Planungskosten beinhaltet, die sich auf den Westteil beziehen...**“

„Es wird noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen, in Form einer **Alternativplanung (Plan B)** die Realisierung des Gesamtprojektes **ohne** die mit dem Westteil verbundene **Gütergleisverlegung zu planen und durch zu kalkulieren**. Für die (weitere) Bewilligung von Fördermitteln stellt sich in diesem Zusammenhang insbesondere die Frage nach der **Rentierlichkeit der Gesamtmaßnahme**. Nach derzeitigem Stand ist die Finanzierung des kommunalen Anteils an der Gütergleisverlegung zugunsten der DB **als freiwillige Aufgabe nicht genehmigungsfähig, erst recht dann nicht, wenn der Stadt der vollständige Verzehr des Eigenkapitals droht.**“

„Für 2010 wird aus Städtebaumitteln **eine wesentlich geringere Zuwendung in Aussicht gestellt als von der Stadt beantragt worden ist**. Seitens der nsbo muss daher ohnehin die Planung überarbeitet und müssen entsprechende Bauabschnitte gebildet werden.“

Die Alternative (Plan B) – ohne Gütergleisverlegung muss für den Rat als Grundlage für dessen Beschlussfassung sowohl in Bezug auf die städtebauplanerischen Aspekte als auch in Bezug auf die Kosten- und Finanzierungsplanung detailliert und transparent dargestellt werden. Nach Aussagen der Städtebauförderung werden **weitere Förderbescheide für das Projekt voraussichtlich frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2010 zu erwarten sein**. Aus dortiger Sicht sollten von der Stadt zur klaren Priorisierung des Projektes Bahnstadt Opladen und zur Konzentration der insgesamt reduzierten Fördermittel auch die Realisierung anderer Projekte (Grüner Fächer, Rehbockanlage) nochmals kritisch überdacht werden.“

Mehr zur Information:

Bereits am 31.8.2004 wurde hinsichtlich der vorgesehenen Gleisverlegung seitens der DB Simm (Köln) (Hr. van Arkel) gegenüber der Stadt Leverkusen deutlich gemacht:

- Die Gleisverlegung wird nach Überzeugung der Bahn durch die Straßenbaumaßnahme Neue Bahnallee veranlasst.
- Das wirtschaftliche Gesamtrisiko für die Gleisverlegung wie für das Gesamtprojekt NBO muss die Stadt tragen.
- Planung und Bau der Gleisverlegung mit verbindlichen Festlegungen über Art und Umfang der baulichen Maßnahmen soll in einer größtmöglichen Transparenz vorgenommen werden.
- Neben einem realistischen Zeitszenario ist ein Bauablaufplan / Rahmenterminplan der Gesamtplanmaßnahme erforderlich.
- Auch das mögliche Scheitern des Projektes muss berücksichtigt werden.
- Für die Bahn ist es daher wichtig, das Rücktrittsrecht zu terminieren.
- Bei der Rückabwicklung dürfen der DB keine Belastungen aus dem Projektvorlauf der Gütergleisverlegung erfolgen.

*Im Ergebnisprotokoll vom 22.10.2007 heißt es zur nbso:
Kosten Gütergleisverlegung - Entscheidung:*

„Standpunkte von DB AG, Land, Stadt:

- DB AG: keine Kostenbeteiligung, keine Beteiligung an evtl. Mehrkosten
- Land: gedeckelte Förderung
- Stadt: Deckelung des Baukostenzuschusses

Kernfragen zur Finanzierung:

- Kann die DB AG Kosten und Risiken minimieren?
- Wie kann das Land helfen, Projektrisiken abzumildern?
- Unter welchen Umständen kann die Stadt auf eine Kostendeckelung verzichten?“

„Einstimmig entschieden die Vertreter des Ministeriums, der Bahn und der Stadt, dass keine Doppelplanung erfolgen soll, sondern nur in der neuen Lage geplant wird, um die Synergien auszuschöpfen.“

„Die Vertreter der DB AG erläutern, dass sie keine Risiken übernehmen können, sondern sehen ihren Beitrag im Verkauf ihrer Grundstücke zum Buchwert an die Stadt.“

FAZIT:

- **Für die Aufgeregtheit**, vor allem beim ehemaligen OB Küchler, bzgl. der Aussagen des RP in seinem Schreiben vom 2.11.09 **besteht kein Anlass.**
- Die **befürwortende und unterstützende Haltung des RP bzgl. der Ostseite**, insbesondere hinsichtlich der **Ansiedlung der Fachhochschule**, ist bekannt.
- Bekannt ist allerdings auch **die äußerst kritische Bewertung der Gleisverlegung** hinsichtlich der Finanzierbarkeit im städt. Haushalt. „Ritt auf der Rasierklinge“

- Bekannt war schon vor der 25.8.09 die kritische Haltung des RP zum Verkauf der RWE-Aktien. Dennoch gingen diese in die Planung ein.
- Bekannt war zudem auch die Äußerung des RP hinsichtlich der Finanzierungsproblematik des SPL bei Verkauf der RWE-Aktien.
- Zu den **Besprechungen am 30.4.08** kann leider nichts gesagt werden. Aber vielleicht war es Absicht, bei einer besonders brisanten Besprechung kein Protokoll zu verfassen. Dann darf man sich allerdings über Fragen und Vermutungen nicht wundern.
- Auch die Aussagen des RP in der Besprechung vom **29.10. 08** waren sehr deutlich, selbst wenn im Anschluss eine Lösung für den Brückenwettbewerb gefunden wurde.

In derselben Besprechung am 29.10.08, also kurz nach der Ratssitzung, in der wir davon ausgingen, dass die Kostenrechnung für die Gleisverlegung bis zum Sommer 2009 vorliegen würde, hat **die Stadtverwaltung selbst vorgeschlagen, das Rücktrittsrecht von März 09 auf das II. Quartal 2010 hinauszuschieben**. Gleichzeitig soll aber die Gesamtfinanzierung durch die Stadt bis zum Sommer 2009 vorgelegt werden!

Diese Verschiebung ist ohne Information an den Rat ergangen.

Diese Verschiebung eröffnet Möglichkeiten zur Spekulation.

Ursprünglich war nach der Ratssitzung vom 25.8.08 erwartet worden, die Frage der Gleisverlegung in der letzten Ratssitzung des alten Rates, also noch im Sommer 2009 entscheiden zu können!

Wer ist politisch verantwortlich für diese zeitliche Verschiebung?

- Die Entkoppelung des Haushaltes und des Budgets der nbso wurde in 2009 betrieben, obgleich der RP das im Gespräch am 29.10.08 ausdrücklich anders angeordnet hatte.
- Über die harten Worte des Regierungspräsidenten kann sich nur der wundern, der seine früheren Mahnungen und Hinweise nicht aufgenommen hat oder auch nicht aufnehmen wollte.
- Der neu gewählte Oberbürgermeister trägt keine Verantwortung für die zurückliegende Zeit, von ihm wird erwartet, dass er die Zukunftsaufgaben für die Gesamtstadt Leverkusen gemeinsam mit dem Rat gestaltet.

gez.
Klaus Hupperth
Bernhard Marewski